

Gemeinsam Bauen

N°18 | Dezember 2024

Berufsbildung

Klassen für Fremdsprachige,
um die Arbeitskräfte zu binden

Der Guest

Christophe Darbellay lanciert
die Offensive für die
Berufsbildung

Zoom WBV

Bureau des Métiers,
Stabsübergabe zwischen
Gabriel Décaillat und
David Genolet

Dossier

Naturgefahren und das brutale Erwachen

Eine Veröffentlichung des Walliser Baumeisterverbandes

04 — In Kürze

Informationen und Agenda

06



06 — Dossier

Naturgefahren: Zeit zur Anpassung

14 — Historisches

Bau einer Schutzmauer zwischen Granges und Siders, 1923

16 — Der Guest

Christophe Darbellay will die Berufsbildung aufwerten

16



20 — Zoom WBV

Blickwechsel zwischen Gabriel Décaillat und David Genolet

20



22 — Gesamtarbeitsvertrag

Der VVBK erneuert seine Vereinbarung mit der Lonza

24 — Bildung

Angepasste Sprachkurse oder eine Möglichkeit, neue Arbeitskräfte anzuziehen und zu binden

28 — Luftaufnahme

Arbeiten an der Umfahrung des Evouettes, Port-Valais

Impressum

Grafische Gestaltung
Boomerang Marketing SA, Siders

Redaktion
Thomas Pfefferlé und WBV

Übersetzung
Jörg Abgottsporn

Photographie
Olivier Maire / Studio54
Louis Dasselborne

Druck
Ronquoz Graphix SA, Sitten

22



Das legislative Krebsgeschwür: eine schleichende Gefahr

Juni 2024: Die Natur ruft uns mit ihren unbeherrschbaren Elementen unsere Schwäche in Erinnerung.

Im Glauben an unsere Wissenschaft haben wir Regionen besiedelt, die unsere Vorfahren im Bewusstsein ihrer Ohnmacht strickt gemieden haben... Und innerhalb von drei Tagen: Chaos, Desaster und Verwüstung.

Wie immer beginnt nach dem ersten Schock und nach der Stabilisierung der Situation rasch die Suche nach den Schuldigen: ehemalige und aktuelle Departementsvorsteher, Dienstchefs, ... Napoleon sagte: Wenn die Perfektion nicht trügerisch wäre, hätte sie nicht solchen Erfolg. Das ist absolut zutreffend. Kein Projekt wird je die Zustimmung von allen erhalten. Und diese Langsamkeit, um nicht zu sagen dieser Winterschlaf eines Jahrhundertprojekts rückt unser legislatives Krebsgeschwür, diese dunkle Seite unserer schönen Demokratie, ins Rampenlicht. Zu viel Recht tötet die Republik und vereitelt jede politische Dynamik.

Weshalb ist das Projekt R3, das zu Beginn des XXI. Jahrhunderts lanciert wurde, nicht realisiert worden? Gewiss nicht wegen fehlender Mittel,

realen Bedrohungen oder fehlender Unterstützung durch die Bevölkerung. Der Grund liegt in der Vielzahl der Gesetze. Sie schützen zwar gewisse wertvolle Güter, breiten ihre Wurzeln jedoch schlechend in andere Bereiche aus, neutralisieren diese, dämmen sie ein [sic!] und führen so zu einer Lähmung, da sie sich widersprüchlich gegenüberstehen. Die Blockaden scheinen zur Norm zu werden. Nur bei Katastrophen erwacht unser System vorübergehend zum Leben, bevor es sich, wie unsere Rhone, wieder beruhigt und in der Regungslosigkeit versinkt. Ich träume deshalb von einem Gesetz, welches das Bekenntnis des Parlaments und des Bundesrats widerspiegelt und bei Konflikten zwischen verschiedenen Gesetzgebungen ein Schiedsverfahren vorsieht, das den Willen unserer Vertreter in Bezug auf die gewünschte Politik berücksichtigt.

Mit seiner Energiestrategie 2050 will der Bundesrat eine klimaneutrale Schweiz. Ein klares, ambitioniertes und vor allem imperiales Ziel. Aufgrund der Behinderungen und systematischen Einsprachen kann das Ziel jedoch nicht erreicht werden. Dieses legislative Krebsgeschwür befällt alle guten Vorsätze und verhindert eine verantwortungsvolle Politik.



Um meine Ausführungen zu illustrieren, lasse ich Sie die folgenden Fragen analysieren:

- Rhonekorrektion: lieber Steine aus dem Wallis, Frankreich oder Italien?
- Kollegium von Sitten: lieber Sand aus der Rhoneebene oder aus Frankreich?
- Aushub von Humus: lieber für Bodenverbesserungen eingesetzt oder auf einer Deponie für Fr. 50 pro Kubikmeter gelagert?
- Asphaltbelag: lieber vor Ort auf einem bereits kontaminierten Boden verarbeitet oder auf einer Deponie gelagert, die noch nicht existiert?

Ich bin überzeugt, dass Ihre Antworten nicht die aktuelle Situation widerspiegeln. Weder die Steine noch der Sand stammen nämlich aus dem Wallis. Humus und Asphaltbelag müssen auf einer Deponie gelagert werden.

Nur CO2-Ausstoss, Lärmbelästigungen, Abnutzung der Infrastrukturen, Verkehrsstaub, ... und absolut kein Mehrwert. Das Mass ist das höchste Gut. Und dieser Ausspruch von Aischylos im Jahr 378 vor Christus ist immer noch von erschütternder Aktualität.

Serge Métrailler
Direktor

Agenda

Februar 2025

Lokalsitzungen

Oberwallis

Mittwoch, 12. Februar

Mittelwallis

Dienstag, 18. Februar

Unterwallis

Donnerstag, 20. Februar

April 2025

Präsidentenkonferenz

Donnerstag, 10. April
Bern

Mai 2025

Delegiertenversammlung

Mittwoch, 21. Mai
Pfäffikon SZ - Seedamm Plaza

Juni 2025

Frühlings-Generalversammlung

Freitag, 6. Juni
Granges/Siders

Tag der Bauwirtschaft SBV-Generalversammlung

Freitag, 27. Juni
Lausanne

Stellungnahme



Baugesetz [BauG]: Kehren wir zum gesunden Menschenverstand zurück!

In der Septembersession 2024 behandelte der Grosse Rat den Revisionsentwurf des BauG in erster Lesung. Er nutzte die Gelegenheit, um den ursprünglichen Vorschlag der Regierung zu verbessern. Für den WBV war es extrem wichtig, dass der Grundsatz einer einfacheren Nutzung des Aushubmaterials nicht nur in der Verordnung, sondern auch im Gesetz festgehalten wird. Eine Verordnung kann nämlich nach Gutdünken des Staatsrats geändert werden, ohne dass das Parlament vorgängig zwingend konsultiert wird. Deshalb begrüßt der WBV den neuen Absatz in Art. 43, der «ein vereinfachtes Bewilligungsverfahren für kleine Anlagen, Veränderungen des gewachsenen Bodens und andere in der Verordnung definierten Anlagen» festhält.

Eine neue Bestimmung, welche die Einführung eines Meldeverfahrens ausserhalb der Bauzone für «geringfügige» Änderungen am natürlichen Boden vorsieht, wird von den Ratsmitgliedern in der 2. Lesung behandelt. Der WBV unterstützt den Vorschlag mit Überzeugung und möchte diesen Grundsatz für Flächen bis zu 5000 m² und einer Tiefe von 1,5 m festlegen. Unser Verband ist sich seiner Verantwortung bewusst und stimmt einer pedologischen Überwachung dieses Verfahrens zu. Der WBV ist überzeugt, dass dieses pragmatische Vorgehen im Interesse der Unternehmer und der Landwirte ist.



Foto O. Maire / Keystone

Hängeeisenbahnbrücke

Am Montag, 14. Oktober rissen die beauftragten Unternehmen die Eisenbahnbrücke von Chippis ab. Innerhalb einer Woche wurde die gesamte Struktur zurückgebaut und die noch verwendbaren Bestandteile werden recycelt.

Die Vorbereitungsarbeiten dauerten fünf Wochen. Das Gewicht der Struktur, die ursprünglich 250 Tonnen wog, musste reduziert werden. So wurden vorgängig die Schienen und Querbalken entfernt.

Der eingesetzte Kran, ein kleiner Bruder des Raupenkrans LR11000, der 2020 in Châtelard eingesetzt wurde, ist der zweitgrösste Kran der Schweiz. Mit seiner Hubkraft von 750 Tonnen kann er auch noch mit der angehängten Brücke fortbewegt werden.

Die Eisenbahnbrücke von Chippis gehört Aluinfra SA und Constellium Valais SA. Sie führte dazu, dass die Rhone in der Nacht vom 29. auf den 30. Juni 2024 über die Ufer trat und einen Teil der Gemeinde überschwemmte.

Der Rückbau der Brücke gehört zu den von der Regierung angeordneten dringlichen Massnahmen zur Sicherung der Zone.





Naturgefahren: und jetzt?

Aufgrund seiner geografischen und topografischen Situation ist im Wallis das Risiko für Naturkatastrophen besonders gross. Davon zeugen die verschiedenen Ereignisse, die den Kanton in diesem Jahr verwüsteten. Eine Situation, die ein gezieltes politisches Vorgehen, insbesondere im Bauwesen, auf der Grundlage von Prognosen der Wissenschaftler erfordert.



Standort Novelis nach der Überschwemmung, Siders, Juli 2024

Die starken Unwetter in diesem Jahr heizten die Diskussionen über die Politik in Bezug auf die Naturgefahren in der Schweiz wieder an. Nach den verheerenden Gewittern im Wallis Ende Juni musste in Saas-Grund ein Todesopfer beklagt werden und aufgrund des historischen Hochwassers der Rhone wurde in Binn eine Person vermisst. Zur selben Zeit verloren bei einem Erdrutsch in Valmaggia (TI) sieben Personen ihr Leben und eine wurde vermisst. Gemäss den Wissenschaftlern werden die Intensität und die Häufigkeit solcher Naturkatastrophen in den kommenden Jahren leider noch zunehmen. Das Wallis ist als Bergkanton solchen Katastrophen in besonderem Mass ausgesetzt.

«Aufgrund seiner Topografie ist das Wallis praktisch allen Arten von Naturgefahren wie Steinschlägen, Felsstürzen, Lawinen, Hangrutschen und Murgängen ausgesetzt», betont Raphaël Mayoraz, Chef der Walliser Dienststelle für Naturgefahren. «Deshalb investiert das Wallis durchschnittlich auch das Achtfache von anderen Kantonen, um sich gegen diese Gefahren abzusichern.»

Diese Investitionen werden von den Gemeinwesen für die Planung und den Bau von Schutzbauten – Dämme, Schutzmauern, Schlammsammler, Schutz- und Lawinengalerien – getätigt und belaufen sich im Wallis auf rund 470 Franken pro Jahr und Einwohner. In den übrigen Kantonen werden dafür durchschnittlich 60 Franken aufgewendet.

Anpassung des politischen Ansatzes

Bisher verfolgte der Kanton grundsätzlich den Ansatz massiver Bauten, um die Bewohner zu schützen. Raphaël Mayoraz spricht sich für eine ergänzende Vision aus. «Die Bemühungen in Bezug auf die Schutzbauten müssen natürlich aufrechterhalten werden. Allerdings muss man sich der Tatsache bewusst sein, dass die Intensität und wahrscheinlich auch die Häufigkeit der Naturkatastrophen aufgrund des Klimawandels zunehmen werden. Die Situation entwickelt sich zu rasch, um sie noch mit Schutzbauten in Schach zu halten. Nur schon die Planung solcher Bauten erfordert in der Schweiz extrem viel Zeit.»

Der Chef der Walliser Dienststelle für Naturgefahren ist der Ansicht, dass die Instandhaltung und Weiterentwicklung der bestehenden Infrastrukturen zwingend an einen flexibleren Ansatz gekoppelt werden müssen. Ziel: sich an diese Gefahren anzupassen, indem eine Politik eingeführt wird, die auf Prävention, Überwachung, Prognosen und Organisation beruht. «In diesen vier Bereichen müssen wir noch Fortschritte erzielen. Angesichts der heute verfügbaren Technologien und Kommunikationsmittel kann der Schutz der Bevölkerung und der Infrastrukturen noch verbessert werden.»



Aufräumarbeiten, Saas-Grund, Juli 2024



«Aufgrund seiner Topografie ist das Wallis praktisch allen Arten von Naturgefahren ausgesetzt.»

Raphaël Mayoraz, Chef der Walliser Dienststelle für Naturgefahren

Der Klimawandel als erschwerender Faktor

Robert Bolognesi, Schneeforscher und Gründer des Planungsbüros Meteorisk, das auf meteorologische Risiken spezialisiert ist, teilt diese Vision. Es ist offensichtlich notwendig, dass man lernt, mit den Naturgefahren zu leben, insbesondere wenn man sich die Auswirkungen des Klimawandels vor Augen führt. Mit der globalen Erwärmung wird es häufiger zu starken Regenfällen kommen. Die Böden werden mit Wasser gesättigt und destabilisiert. Bei Wärmeeinbrüchen kann sich das Phänomen durch die schmelzenden Schneedecken noch verstärken. Im Winter könnten in mittleren Höhenlagen häufiger Nassschneelawinen vorkommen. In den anderen Jahreszeiten dürften vor allem Erdrutsche und Murgänge zunehmen.

«Die organisatorischen Massnahmen müssen gemeinsam mit der Redimensionierung der bestehenden Schutzinfrastrukturen umgesetzt werden, die zum Teil bereits vor über 50 Jahren gebaut wurden», präzisiert Robert Bolognesi. «Zusätzlich zum globalen Ansatz muss

für jede Situation die beste Lösung gefunden werden. Vor Ort kann eine Kombination mehrerer Systeme wie Dämme, Lawinenschutz und Alarmsysteme notwendig sein.» Die Alarmsysteme, die in den letzten Jahren stark verbessert wurden, können zum Beispiel automatisch Verkehrsampeln regeln, um den Verkehr zu stoppen, falls Erdbewegungen festgestellt werden. Nach Möglichkeit sollen auch Strassensperrungen verhindert werden, sofern es die Sicherheitsbedingungen zulassen.

«Eine Strassensperrung kann ungeahnte Folgen haben», ergänzt der Schneeforscher. «Ohne Strassenzugang können gewisse Situationen schnell dramatisch werden. Denken wir nur an eine schwerverletzte Person, eine hochschwangere Frau oder eine Person, die dringend auf Medikamente angewiesen ist. Außerdem sind auch die wirtschaftlichen Auswirkungen nicht zu unterschätzen. Allein im alpinen Tourismus- und Freizeitbereich wird geschätzt, dass die Sperrung einer Strasse zu einem grossen Tourismusort an einem einzigen Tag für die betroffenen Wirtschaftsakteure zu einem Verlust von rund einer Million Franken führt.»

Arbeiten am Ufer der Navizence, Chippis, Juli 2024



«Die Sperrung einer Strasse kann an einem einzigen Tag zu einem Verlust von einer Million Franken führen.»

Robert Bolognesi, Gründer des Planungsbüros Meteorisk, spezialisiert auf meteorologische Risiken



Aufräumarbeiten, Saas-Grund, Juli 2024

Der Wald als natürlicher Verbündeter

Der Wald ist für den Schutz vor Naturgefahren von grosser Bedeutung. In Bezug auf den Boden spielt der Wald nämlich eine wichtige Rolle zur Verhinderung oberflächlicher Erdrutsche mit einer Tiefe von rund zwei Metern.

«Mit den Baumwurzeln schützt der Wald den Boden auf zwei Arten», erklärt der Forstingenieur Mathias Carron, Vorstandsmitglied der SIA-Wallis und geschäftsführender Gesellschafter des Unternehmens Silvaplus, spezialisiert auf Waldstudien, Umwelt und Naturgefahren. «Bereits dank der Evapotranspiration der Pflanzen sind die Böden weniger mit Wasser gesättigt. Dann hält das Wurzelnetz der Bäume auch noch den Untergrund zusammen. Gemeinsam tragen diese beiden Elemente dazu bei, das Risiko von oberflächlichen Erdrutschen zu reduzieren.»

In dieser Hinsicht stellt der Schutz des Walds ein Schlüsselement dar. Diese biologische Massnahme muss in Verbindung mit einem umsichtigen Ansatz der

Raumplanung einen besseren Schutz gewisser Risikozonen ermöglichen, insbesondere in Zusammenhang mit der Besiedlung der Berggebiete.

«Der Unterhalt des Walds ist zudem immer noch viel günstiger als Schutzbauten wie zum Beispiel Lawinenverbauungen», fügt der Forstingenieur an. «Das ist ein entscheidender Punkt, weil die Klimaerwärmung mit ausgeprägten Hitze- und Trockenperioden dem Wald stark zusetzt. Um den Schutz vor oberflächlichen Erdrutschen zu maximieren, werden Arten mit Pfahlwurzeln oder Herzwurzeln wie die Weisstanne, die Lärche oder die Eiche bevorzugt. Denn ihre Wurzeln gehen in die Tiefe und breiten sich nicht parallel zum Boden aus, wie dies zum Beispiel bei der Rottanne der Fall ist. So wird der Untergrund gefestigt.»

Naturkatastrophen: Auch die Unternehmen bezahlen eine gesalzene Rechnung

Überschwemmte Keller, zerstörte Vitrinen oder Informatikserver unter Wasser: Auch die Walliser Wirtschaftsakteure wurden von den gewaltigen Unwettern im Kanton voll getroffen.

Beschädigte Infrastrukturen zwangen Arbeitgeber, eine komplexe und teure Logistik umzusetzen, um ihre Tätigkeit aufrechtzuerhalten.

Sie mussten ihre Angestellten während der Aufräum- und Sanierungsarbeiten anderweitig unterbringen.

Der Schweizerische Versicherungsverband schätzte die versicherten Schäden an Gütern und Infrastrukturen im Wallis und im Tessin provisorisch auf rund 200 Millionen Franken. Zu diesem Betrag kommen natürlich noch die Verluste in Zusammenhang mit der vorübergehenden Schliessung von Betrieben an gewissen Standorten hinzu, die schwer zu beziffern sind.

In den grossen Industriebetrieben Constellium und Novelis, die direkt von der Überschwemmung durch die Rhone betroffen waren, konnten zwei Wochen nach dem Unwetter rund 1200 Angestellte immer noch nicht arbeiten.

Ein notwendiges Bewusstsein

Auch wenn man sich durch zusätzliche Schutzbauten, den Einsatz intelligenter Systeme, einen ausgedehnteren Schutz des Walds sowie verstärkte präventive und organisatorische Massnahmen besser absichern kann, bleibt das Grundproblem dasselbe. Das ist auf jeden Fall die Ansicht des Kantonsingenieurs Vincent Pellissier, der die Dienststelle für Mobilität leitet.

«Es besteht eine grosse Diskrepanz zwischen der Wahrnehmung des Problems und der Realität vor Ort. Unser Strassennetz ist einerseits veraltet und andererseits im Unterhalt zu teuer. Außerdem wird es stark durch extreme klimatische Ereignisse beeinträchtigt, die immer häufiger auftreten. Trotzdem bieten wir weiterhin eine Verkehrsmobilität von bedeutendem Ausmass an und regelmässig werden Anträge für einen Ausbau eingereicht. Wir gehen einer Katastrophe entgegen. Es wird nicht mehr möglich sein, unsere veralteten Infrastrukturen, die zum grossen Teil in den Jahren 1960 bis 1970 gebaut wurden, zu überwachen und zu unterhalten und gleichzeitig den Erwartungen der neuen Nutzer zum Beispiel in Bezug auf den Langsamverkehr gerecht zu werden. Abgesehen von den sehr begrenzten finanziellen Mitteln handelt es sich auch um ein Problem der Personalressourcen. Mit den verfügbaren Arbeitskräften können Projekte nicht korrekt umgesetzt und betreut werden. Bei Krisen, wie sie in den letzten Jahren vermehrt auftreten, stehen diese Ressourcen immer mehr unter Druck. Trotz dieser Feststellung ist die Budgetrealität unseres Kantons furchterregend. Die Personalressourcen und die finanziellen Mittel werden in den kommenden Jahren wahrscheinlich abnehmen.»



«Es besteht eine grosse Diskrepanz zwischen der Wahrnehmung des Problems und der Realität vor Ort.»

Vincent Pellissier, Chef der Dienststelle für Mobilität

Mit einer gewissen Distanz stellt sich deshalb die Frage nach der Zugänglichkeit der Berggebiete. Muss der Zugang jederzeit für alle und über ein immer dichteres Netz garantiert werden? «Es handelt sich hier um eine politische Frage, die zu beantworten mir nicht zusteht», fährt Vincent Pellissier fort. «Im Grunde genommen besteht das Problem im unendlichen Wachstum, das in nächster Zeit frontal mit der Endlichkeit der Ressourcen zusammenprallen wird. Als Beispiel kann das verfügbare Land angeführt werden.

Auch die Anforderungen der Nutzer sind sehr hoch. So wird ganz normal erwartet, dass die Straßen einige Stunden nach einem Erdrutsch wieder geöffnet sind oder dass sie im Winter nach heftigen Schneefällen unverzüglich geräumt werden. Solche Leistungen in Bezug auf den Unterhalt der Mobilität sind im Übrigen in vielen anderen Ländern nicht möglich. Abgesehen von diesen Überlegungen könnten für die Verbindung von gewissen Berggebieten auch Alternativen zur Strasse, zum Beispiel Seilbahnen, in Betracht gezogen werden.

Aufräumarbeiten, Saas-Grund, Juli 2024



1923: Bau einer Schutzmauer zwischen Granges und Siders





Aufgrund der Überschwemmungen im Dezember 1920 und im August 1922 beschlossen die Behörden, zwischen Granges und Siders eine Schutzmauer zu bauen. Die Überschwemmungen durch die Rhone unterbrachen den Eisenbahnverkehr zwischen den beiden Stationen. Das Unternehmen Barbero und Ortelli aus Martinach wurde von den Schweizerischen Bundesbahnen mit dem Bau dieser Schutzmauer beauftragt. Sie sollte künftige Überschwemmungen und Unterbrüche des Eisenbahnverkehrs verhindern.

Foto: © Anonym, Stiftung Zaza Ortelli, Mediathek Wallis – Martinach

«Die Unternehmen müssen die Jugendlichen gezielter ansprechen.»

Für den Vorsteher des Departements für Volkswirtschaft und Bildung, Christophe Darbellay, verdient die Berufsbildung eine bessere Anerkennung. Das duale System der Schweiz ist immer noch einmalig, aber der Dialog zwischen Jugendlichen, Eltern und Wirtschaftsakteuren muss intensiviert werden.

Im Wallis wenden sich fast zwei Drittel der Jugendlichen nach Abschluss der obligatorischen Schulzeit der Berufsbildung zu. Damit ist das Wallis in Bezug auf die Grundbildung einer der am besten positionierten Kantone der Schweiz. Das duale Schweizer System begeistert zwar weiterhin einen grossen Teil der künftigen Arbeitskräfte. Allerdings stehen wir heute neuen Herausforderungen gegenüber wie zum Beispiel die demografische Dynamik, dem Mangel an qualifizierten Profilen, aber auch dem aktuellen Image der Grundbildung bei Jugendlichen, Eltern und Lehrpersonen. Gespräch mit dem Vorsteher des Departements für Volkswirtschaft und Bildung, Christophe Darbellay.





Christophe Darbelley, Vorsteher des DVB, in seinem Büro in Sitten, am 11. Oktober 2024.

Welche Herausforderungen warten im Rahmen einer Grundbildung auf die Jugendlichen in Bezug auf ihre Integration in den Arbeitsmarkt?

Für die Jugendlichen stellt der Übertritt von der Schule in die Berufswelt eine grosse Veränderung dar. Der Wechsel von 38 Schulwochen auf 47 Arbeitswochen ist, abgesehen vom sozialen Druck in Zusammenhang mit der Unterzeichnung des ersten Vertrags, ein bedeutender Systemwechsel. Die Begleitung durch die Eltern, das Unternehmen und die Schule ist entscheidend, um eine Demotivation oder gar einen Abbruch der Grundbildung zu verhindern. Gegenwärtig ist festzustellen, dass die Jugendlichen weniger früh mit der Arbeitswelt in Kontakt kommen, was den Graben zwischen Schule und Berufswelt noch vertieft. Die früheren Generationen arbeiteten in den Rebbergen oder halfen in der Werkstatt des Familienbetriebs aus. Damals wurde die Arbeitswelt also auf eine andere Art und Weise entdeckt.

Welches Ziel verfolgt Ihre Offensive für die Berufsbildung?

Wir müssen uns an die Entwicklung unserer Gesellschaft anpassen. Im Wallis geniesst die Grundbildung immer noch einen sehr hohen Stellenwert. Aber der Kanton wird urbaner. Er entwickelt sich und verfügt im Vergleich zu anderen Kantonen über ein sehr dynamisches Bevölkerungswachstum. Wir haben eine Arbeitsgruppe gebildet, die alle Akteure der Berufsbildung umfasst, um Konsolidierungsmassnahmen vorzuschlagen. Die soziale Anerkennung der Grundbildung und die Rolle der Eltern erweisen sich als massgebend, da sie die Karrierewahl ihrer Kinder zu rund 70 % beeinflussen.

Was kann man in Bezug auf das Image tun, damit die verschiedenen Beteiligten, darunter auch die Eltern, der Grundbildung mehr Bedeutung zumessen?

Die Berufsverbände unternehmen diesbezüglich bereits grosse Anstrengungen, insbesondere über die verschiedenen Berufsmessen und Anlässe wie zum Beispiel Your Challenge, die rund um die Berufsbildung organisiert werden. Auch die Möglichkeiten eines Praktikums müssen noch vermehrt genutzt werden. Es sind nämlich ausgezeichnete Gelegenheiten, um die in Betracht gezogenen Berufe konkret zu entdecken. Wir stehen in unserem Kanton auch einer demografischen Entwicklung mit einer ungünstigen Alterspyramide gegenüber. Es gibt zu wenig Jugendliche, um die Pensionierung der Baby Boomer zu kompensieren. Deshalb fehlen uns in immer mehr Tätigkeitsbereichen die Arbeitskräfte. Und in einer Zeit der Vollbeschäftigung ist das noch kritischer.

«Im Bereich der beruflichen Umschulung bieten die Anforderungen im Zusammenhang mit der Energiewende interessante Perspektiven.»





Beim Interview war das Team des Regionalfernsehens Kanal9 anwesend.

Muss man in diesem Sinn die Ausbildungsgänge auch vermehrt für Erwachsene mit unvollständiger Ausbildung oder in Umschulung sowie für Migrantinnen und Migranten öffnen?

Um der demografischen Tendenz entgegenzuwirken, müssen wir das Rekrutierungsfeld ganz klar öffnen. Wir sollten das Potenzial der Migration besser nutzen, indem wir die Jugendlichen, die zu uns kommen, integrieren und ausbilden. Wir können den Übergang von der Schule in die Berufsbildung auch beschleunigen, indem wir eher die duale Grundbildung als die Berufswahl Schulen fördern. In Bezug auf die berufliche Umschulung bietet zudem der riesige Bedarf an Arbeitskräften in Zusammenhang mit der Energiewende sehr interessante Perspektiven. Die Berufsbildung ist zwar die Grundlage, aber die Weiterbildung bleibt unabdingbar, da sich die Berufe immer schneller weiterentwickeln. Heute ist praktisch niemand mehr 40 Jahre im gleichen Beruf tätig.

Unter anderem gibt es auch in der Bauwirtschaft Berufe, welche die Jugendlichen immer weniger interessieren. Muss man darüber besorgt sein, und wie könnte man das Problem angehen?

Das Problem bereitet uns wirklich Sorgen, weil der Bedarf in diesen Tätigkeitsbereichen immer noch sehr gross ist. Die Akteure der Bauwirtschaft spielen für die Wirtschaft des Kantons zum Beispiel beim Strassenbau und -unterhalt, bei der Energiewende oder bei den Naturgefahren eine massgebende Rolle. Deshalb muss mit Nachdruck auf die Vorteile der technologischen Entwicklung für die Branche hingewiesen werden, insbesondere in Bezug auf die Erleichterung der schweren Arbeiten. Das erklärt auch, warum man in einigen dieser Berufe immer mehr Frauen findet. Außerdem muss betont werden, dass diese Berufe ausgezeichnete Karrieremöglichkeiten mit attraktiven Löhnen bieten.

Welche Massnahmen können insbesondere die Unternehmen noch ergreifen?

Die Unternehmen des französischsprachigen Wallis könnten sich vom Oberwalliser Modell inspirieren lassen, das über eine dichte Vernetzung zwischen der allgemeinen Bevölkerung, den Jugendlichen und den Wirtschaftsakteuren verfügt. Um den hohen Bedarf an Arbeitskräften aufgrund ihres intensiven Wachstums zu decken, hat die Lonza zum Beispiel Treffen und Aktivitäten organisiert, mit denen sie den Jugendlichen ihre Trümpfe aufzeigt. An diesen Veranstaltungen entdecken die Jugendlichen die Herausforderungen und Entwicklungsperspektiven in Zusammenhang mit den Gruppenaktivitäten und werden gleichzeitig für die Vorteile einer Karriere bei der Lonza sensibilisiert. Die Unternehmen müssen also die Jugendlichen gezielt ansprechen und sich mit der Realität sowie den Erwartungen und Wünschen ihrer zukünftigen Arbeitskräfte konkret auseinandersetzen.



Entdecken Sie das Video-Interview

Stabsübergabe im Bureau des Métiers

Nach 20 Jahren an der Spitze des Bureau des Métiers übergibt Gabriel Décailliet die Leitung der Institution an David Genolet. Eine Gelegenheit, um auf den Einfluss der Organisation auf die wirtschaftlichen Akteure zurückzublicken, die dem Kanton seine Dynamik verleihen, und die Herausforderungen anzusprechen, die für die Unterstützung der Branche noch zu bewältigen sind.



Ein bedeutendes Kapitel schliesst sich. Nach zwei Jahrzehnten an der Spitze des Bureau des Métiers, das als wichtigstes Arbeitgeberzentrum des Kantons gilt, übergibt Gabriel Décaillet den Stab an David Genolet. Die Nachfolge wurde in einem äusserst gründlichen Verfahren mit Hilfe eines externen Büros geregelt. David Genolet wird somit der fünfte Direktor des Bureau des Métiers, das 1937 gegründet wurde. Der Einfluss dieser zentralen Organisation auf die Akteure der Bauwirtschaft zeigt sich in bedeutenden Fortschritten. Das Bureau des Métiers setzte sich vor Ort zum Beispiel für die Umsetzung einer Online-Plattform für das Lohnmanagement, den Dialog

mit den Sozialpartnern oder die Vertretung der Interessen der Branche bei Politikerinnen und Politikern ein. «Wenn ich sehe, was wir in den letzten Jahren realisieren konnten, gehe ich mit dem Gefühl, die Arbeit erledigt zu haben», erzählt Gabriel Décaillet. «Die Vertretung der Interessen der Handwerker des Baugewerbes ist eine komplexe Aufgabe, die einen ständigen Einsatz erfordert. Die meisten Mitglieder des Arbeitgeberzentrums sind KMU mit weniger als zehn Mitarbeitenden. Unsere Unterstützung in administrativer, politischer und sozialer Hinsicht soll ihnen das Leben erleichtern und ihnen ermöglichen, ihre Tätigkeit weiterzuführen.»

Künftige Herausforderungen

Neben den Fortschritten, die das Bureau des Métiers ermöglicht hat, sind einige Dossiers insbesondere im heutigen komplexen wirtschaftlichen und demografischen Kontext immer noch aktuell. Prioritäre Herausforderung: die Ausbildung des Nachwuchses sicherstellen. «Die sogenannten Handwerksberufe sind dankbare Berufe, in denen man konkret sieht, was man realisiert hat. Sie haben ihren Platz neben der akademischen Ausbildung und erfordern intelligente Hände. Das muss man den Jugendlichen und ihren Eltern aufzeigen, wobei das Spektrum noch erweitert werden muss», fährt Gabriel Décaillet fort. «Die Alterspyramide zwingt uns dazu, den Zugang zur Berufsbildung zu verbessern, indem wir zum Beispiel Migrantinnen und Migranten einbeziehen oder Umschulungen fördern.»

In diesem Zusammenhang erweist sich die Kommunikation als zentrales Element. David Genolet ist bereit, diesen Auftrag zu übernehmen. «Die Arbeit des Bureau des Métiers und die Trümpfe und Perspektiven der Berufe der Bauwirtschaft müssen in den Vordergrund gerückt werden. Es handelt sich hier nämlich um einen Schlüsselbereich. Es ist unsere Aufgabe, die beste Vorgehensweise und die relevanten Zielgruppen zu bestimmen, um die erhoffte Wirkung zu erzielen.»

Die Berufsverbände sind innerhalb des Kantons bereits gut vertreten. Das Bureau des Métiers will seine Tätigkeit und seinen Einfluss ebenfalls verstärken. Die Institution nimmt in ihrer verbindenden Funktion für alle betroffenen Akteure nämlich einen strategisch wichtigen Platz ein.

David Genolet

Alter: 45 Jahre

Studium: Bachelor in Wirtschaft

Familiäre Situation:
verheiratet, Vater von 3 Kindern

Ambition für das Bureau des Métiers:
mit einem besonderen Schwerpunkt in Bezug auf den Nachwuchs proaktiv und innovativ auf die Bedürfnisse der Mitgliederverbände und der angeschlossenen Unternehmen eingehen, um die Institution erfolgreich in die Zukunft zu führen.

Berufslaufbahn:

1997-2014

Provins, Qualitätsverantwortlicher,
anschliessend Direktor Marketing & Kommunikation
und schliesslich Direktor Verkauf & Marketing

2014 -2020

FVS Group, Generaldirektor

2021-2024

ESH Médias Editions SA / Le Nouvelliste,
Generaldirektor
Verwaltungsrat in verschiedenen Walliser KMU
(Rhône FM, Maison Gilliard, Domaines Chevaliers,
Planchamp Telecom, Tornay Déménagements,
Verband der Unternehmen Valais Excellence)

Erneuerung der Vereinbarung mit der Lonza

Der Pharmalieferant weitet seine Tätigkeit in Visp weiter aus. Dieser Ausbau ist für den Kanton einerseits von grosser wirtschaftlicher Bedeutung. Andererseits muss gewährleistet werden, dass die regulären Arbeitsbedingungen auf den Baustellen den Vorschriften entsprechen.

Im Verlauf der letzten fünf Jahre hat der Oberwalliser Standort der Lonza seine Arbeitsstellen von 2500 auf 5000 Angestellte verdoppelt. Dieses bedeutende Wachstum kurbelt die Walliser Wirtschaft in einem strategischen Sektor an. Gleichzeitig führt diese Entwicklung auch zu einer vermehrten Bautätigkeit. Für die Branche stellt sich die zentrale Frage der Einhaltung der Arbeitsbedingungen und im Allgemeinen des Erhalts eines gesunden Wirtschafts- und Industriegefüges, in dem die ethischen Vorschriften eingehalten werden und ein gerechter Wettbewerb gewährleistet ist. Deshalb müssen die Gesamtarbeitsverträge (GAV) des Kantons eingehalten werden. In diesem Zusammenhang ist die Arbeit des Verbands zur Verstärkung der Baustellenkontrollen (VVBK) vor Ort von grosser Bedeutung.

«Wir verfolgen die Entwicklung der Lonza in Visp seit 2019, als wir unsere Vereinbarung ausarbeiteten», präzisiert Paul Bovier, Präsident des VVBK. «Einer der wichtigsten Punkte dieser Vereinbarung hält fest, dass der GAV am Ort der Arbeitsausführung, also im Wallis, massgebend ist, und zwar unabhängig vom Sitz der Unternehmen, die auf den Baustellen arbeiten.»

Damit können die Risiken eines Lohndumpings begrenzt werden. Dies ist bei einem so bedeutenden Projekt besonders wichtig, da der Druck auf die Unternehmen in Bezug auf die Fristen enorm ist. Aufgrund der grossen Nachfrage für die Samstagsarbeit vor Ort ist beschlossen worden, die bestehende Vereinbarung zu überprüfen. «Seit Februar befinden wir uns in einer neuen Diskussionsphase mit der Lonza, um gewisse Bestimmungen der Vereinbarung besser zu definieren», erläutert der Vizepräsident des VVBK, Bernard Tissières. «Auf diesen Baustellen sind zahlreiche Unternehmen tätig. Pro Tag arbeiten bis zu 400 Arbeitnehmer am Standort Visp. In diesem Zusammenhang muss die Tätigkeit möglichst präzis geregelt werden, um eine Anarchie zu verhindern.»



Standort der Lonza in Visp

Ausnahmeregelung

Die Diskussionen haben schliesslich zu einer Lockerung der Bedingungen für die Bewilligungen in Bezug auf die Samstagsarbeit geführt, die im August offiziell vom Arbeitgeber angenommen und von allen paritätischen Berufskommissionen der Branche genehmigt worden sind. In der Vereinbarung wird festgehalten, dass die Samstagsarbeit im Wallis verboten ist. Die Unternehmen, welche an Samstagen arbeiten müssen, können jedoch ein Gesuch für eine Ausnahmebewilligung einreichen. Wenn das Gesuch alle für die Kontrolle notwendigen Unterlagen enthält, wird eine Bewilligung ausgestellt. Die Lonza garantiert im Übrigen die Übernahme der Bussen an Firmen, die sich nicht an die Vorschriften halten. Diese Vereinbarung bleibt eine Ausnahme: Für andere Bauprojekte ist ein solches Abkommen nicht vorgesehen.

«Die Unternehmen, die alle Voraussetzungen erfüllen, haben die Möglichkeit, an vier Samstagen zu arbeiten, bevor sie ein neues Gesuch mit den entsprechenden Belegen einreichen müssen», fügt Paul Bovier an. «Wir haben der Lonza jedoch klar mitgeteilt, dass das Arbeitsprogramm prinzipiell an

fünf und nicht an sechs Tagen pro Woche ausgeführt werden muss, damit die Walliser Gesamtarbeitsverträge nach Möglichkeit eingehalten werden. Im Wallis arbeiten die Unternehmen an Samstagen grundsätzlich nicht. Eine Ausnahme bilden dringende Arbeiten, für welche die zuständige paritätische Kommission über unsere Plattform www.travaldusamedi.ch eine Bewilligung erteilen kann. Der VVBK muss für die Kontrollen vor Ort über geschultes Personal verfügen. Im Allgemeinen können wir feststellen, dass die Unternehmen, die an einem Samstag arbeiten, die Vorschriften einhalten. Unsere Kontrollen tragen natürlich auch dazu bei, dass die Unternehmen dafür sorgen, dass ihre Tätigkeit vorschriftsgemäss erfolgt.»

Die Vereinbarung des VVBK mit der Lonza betrifft ausschliesslich die Investitionsarbeiten des Pharmalieferanten, also diejenigen Arbeiten, welche die Weiterentwicklung und den Ausbau der Tätigkeit bezeichnen. Die Unterhaltsarbeiten an den bestehenden Infrastrukturen sind von der Vereinbarung, die ausserdem bis 2028 verlängert werden sollte, nicht betroffen.

Angepasste Sprachkurse oder eine Möglichkeit, neue Arbeitskräfte anzuziehen und zu binden

Seit September setzen sich der WBV, der paritätische Fonds des Bauhauptgewerbes und die Unternehmen ein, um den Grenzgängern eine möglichst gute sprachliche Integration im Oberwallis zu ermöglichen. Ein Pilotprojekt, das in nächster Zeit auch im französischsprachigen Wallis angeboten werden soll.

Als Grenzkanton kann das Wallis seit langer Zeit auf ein bedeutendes Potenzial an Arbeitskräften aus Italien zählen. Aufgrund seiner geografischen Lage und seiner einfachen Verbindungen zur Lombardei ist das Oberwallis innerhalb des Kantons am meisten von diesem Austausch betroffen. Diese praktischen Vorteile werden jedoch durch eine gewisse Sprachbarriere in Frage gestellt. Für die italienischsprachigen Arbeitnehmer ist es oft schwer, diese Barriere zu überwinden. Die berufliche oder schulische Integration wird dadurch leider erschwert. Diese Tatsache fällt insbesondere in Bezug auf den bereits seit längerer Zeit fehlenden Nachwuchs in der Bauwirtschaft ins Gewicht.

Um diese Sprachbarriere zu überwinden, haben der WBV und der paritätische Fonds des Bauhauptgewerbes ein Pilotprojekt lanciert. Dabei handelt es sich um einen



Intensivsprachkurs für fremdsprachige Personen. Im September ist eine erste Klasse eröffnet worden. Die Teilnehmenden besuchen während eines Jahres einen Kurstag pro Woche. Dazu kommen Blockkurse, die vor allem im Winter stattfinden. Die Organisation der Kurse ist mit den Unternehmen abgesprochen worden. Die angemeldeten Personen verfügen alle über einen Vertrag, der von der zuständigen paritätischen Berufskommission geprüft und genehmigt worden ist. Gemäss der Koordinatorin des Projekts, Maribel Fumeaux, ermöglichen diese Kurse den Teilnehmenden anschliessend längerfristig eine Berufslaufbahn in der Schweiz. Nach Abschluss des Kurses sollten die Teilnehmenden einen im Wallis



Weiterbildungskurs, WBV, Juli 2023

angebotenen «klassischen» Ausbildungsgang (EFZ, EBA oder Ausbildung gemäss Art. 32 – Validierung erworbener Fähigkeiten) absolvieren können.

«Unser Ziel ist es, nach dieser Erfahrung im Oberwallis denselben Kurs ab Herbst 2025 im französischsprachigen Wallis auf Französisch anzubieten. Die Unternehmen haben diesbezüglich klar ihre Bedürfnisse angemeldet», erläutert Maribel Fumeaux.

Einen kompetenten Nachwuchs ausbilden

Mit dem Fokus auf die Terminologie und die spezifische Sprache der Bauwirtschaft bezwecken diese Kurse auch die Ausbildung von qualifizierten Arbeitskräften. Neben den sprachlichen Aspekten umfasst der Ausbildungsgang ebenfalls Kenntnisse in Mathematik und Sicherheit. Jedes Fach wird von spezifischen Lehrkräften unterrichtet. «Längerfristig hoffen wir, dass die Teilnehmenden nach Abschluss des Deutschkurses nach dem Vorbild des französischsprachigen Wallis eine Berufsvorbereitungsklasse für das EFZ bilden können», fügt Maribel Fumeaux an.

Die Kurse richten sich an Jugendliche, Grenzgänger und Erwachsene ohne Sprachkenntnisse oder besondere Ausbildung. Die Kurskosten von rund 9000 Franken werden vollständig von den Trägern des Projekts (WBV, paritätischer Fonds des Bauhauptgewerbes und Unternehmen) getragen. Damit sie an den Kursen teilnehmen können, müssen die Kandidaten über einen Arbeitsvertrag verfügen. Der Lohn liegt zwischen 1200 und 3200 Franken pro Monat und ist abhängig von der persönlichen Situation.



Detaillierte Informationen
betreffend Administration und
Zulassung: www.ave-wbv.ch,
Rubrik Bildung



**46°35'80.62 N
06°87'67.24 E**

Travaux de contournement des Evouettes, Port-Valais,
avril 2024

Umfahrungsarbeiten Les Evouettes, Port-Valais,
April 2024